

Datenschutzinformation Hinweisgebersystem der RAFI GmbH & Co. KG

Mit dieser Datenschutzinformation möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte im Zusammenhang mit unserem Hinweisgebersystem nach Art. 13, 14 DSGVO informieren.

Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt - insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung - identifiziert werden kann.

1. Für wen gilt die Datenschutzinformation?

Diese Datenschutzinformation gilt für alle natürlichen Personen, die Informationen über Verstöße über die vorgegebenen Meldewege abgeben oder die Gegenstand einer solchen Meldung oder sonst von ihr betroffen sind.

2. Wer ist für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten verantwortlich?

Verantwortlicher für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist:

RAFI GmbH & Co. KG
Ravensburger Straße 128-134
88276 Berg
Deutschland
Tel.: +49 751 89-0
Fax: +49 751 89-1300
E-Mail: compliance@rafi-group.com

3. Wer ist Datenschutzbeauftragter?

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter folgender Adresse:

Herrn Ioannis Dimas, c/o ETES GmbH
Talstraße 106
70188 Stuttgart
E-Mail: datenschutz@rafi-group.com

4. Für welche Zwecke verarbeiten wir personenbezogene Daten und was sind die Rechtsgrundlagen?

Die Richtlinie (EU) 2019/1937 („EU-Whistleblower-RL“) bzw. das Hinweisgeberschutzgesetz fordern die Einrichtung eines Hinweisgebersystems, um Beschäftigten und Dritten auf geeignete Weise die Möglichkeit einzuräumen, geschützt Hinweise auf Rechtsverstöße im Unternehmen zu geben.

Die Abgabe einer Meldung kann sowohl anonym als auch nicht anonym erfolgen.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei einem anonymen Hinweis zum Zwecke der Erfüllung der Aufgaben nach dem HinSchG (unter anderem Entgegennahme, Überprüfung und Dokumentation der Meldungen) wird auf Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO i. V. m. §§ 10 und 16 bis 18 HinSchG gestützt. Bei der Abgabe der Meldung bleibt die Identität der hinweisgebenden Person gegenüber der Meldestelle unbekannt. Im Falle einer notwendigen Offenbarung der Identität der hinweisgebenden Person, sofern dies für die Abstellung des Verstoßes erforderlich ist, wird die Einwilligung der hinweisgebenden Person eingeholt.

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei einem nicht anonymen Hinweis zum Zwecke der Erfüllung der Aufgaben nach dem HinSchG (unter anderem Entgegennahme, Überprüfung und Dokumentation der

Meldungen) wird auf Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO bzw. im Arbeitsverhältnis auch auf Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO [unten dazu mehr] i. V. m. §§ 10 und 16 bis 18 HinSchG gestützt.

Unter Umständen kann es zur Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten kommen, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben nach dem HinSchG erforderlich ist. Rechtsgrundlage ist in diesem Fall Art. 9 Abs. 2 lit. g) DSGVO i. V. m. § 10 Satz 2 HinSchG. Näheres zu den Kategorien der diesbezüglichen Datenverarbeitungen findet sich unter Ziffer 5.

Wir sind nach dem HinSchG nicht verpflichtet, Meldungen von Personen entgegenzunehmen, die nicht unter das HinSchG fallen. Dies können beispielsweise externe Dritte wie Lieferanten und Geschäftspartner sein und sonstige Personen, die uns nicht im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit oder im Vorfeld einer beruflichen Tätigkeit gem. § 1 Abs. 1 HinSchG Verstöße anzeigen. Falls wir uns dennoch entscheiden, Meldungen von solchen Personen zu verarbeiten, stützen wir die Datenverarbeitung auf Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO. Auch die Verarbeitung der personenbezogenen Daten der Personen, die in der Meldung genannt werden, dient der Wahrung berechtigter Interessen der RAFI GmbH & Co. KG (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO). Es handelt sich um ein berechtigtes Interesse, Gesetzesverstöße und schwere Pflichtverletzungen an allen Standorten wirksam und mit einem hohen Maß an Vertraulichkeit aufzudecken, abzustellen und zu sanktionieren und damit verbundene Schäden und Haftungsrisiken für die RAFI GmbH & Co. KG (§§ 30, 130 OWiG) abzuwenden.

Die erforderliche Weitergabe der personenbezogenen Daten bei nicht anonymer Meldung der hinweisgebenden Person und der übrigen in der Meldung genannten Personen von der internen Meldestelle an die zuständige Stelle bei uns richtet sich nach Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO und §§ 10, 12, 13, 18 Nr. 4 lit. a) und 9 Abs. 3 und 4 Nr. 2 HinSchG.

Sollten im Zuge interner Ermittlungen die erhobenen Daten zu anderen Zwecken verwendet werden, bspw. um bei einer stichhaltigen Meldung weitere Untersuchungen durchzuführen oder arbeitsrechtliche Maßnahmen gegen die eines Verstoßes überführten Personen zu ergreifen, erfolgt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf einer entsprechenden Rechtsgrundlage außerhalb des HinSchG.

Wir stützen uns dabei auf folgende Rechtsgrundlagen:

Wir können personenbezogenen Daten auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO verarbeiten, um arbeitsvertragliche Pflichtverletzungen aufzudecken und entsprechende Folgemaßnahmen einzuleiten. Ferner kann im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses eine Datenverarbeitung zur Aufdeckung von möglichen Straftaten gerechtfertigt sein. Bei der Aufklärung von Straftaten ist Rechtsgrundlage Art. 88 Abs. 1 DSGVO i. V. m. § 26 Abs. 1 S. 2 BDSG.

Wir unterliegen umfassenden gesetzlichen Pflichten. Verarbeiten wir Daten zum Zweck der Erfüllung und/oder Umsetzung gesetzlicher Pflichten, ist Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO.

Wir können personenbezogenen Daten zudem auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO verarbeiten, um berechnigte Interessen von uns oder Dritten zu wahren. Zu den berechtigten Interessen i. S. d. Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO zählen insbesondere die Aufdeckung, Verfolgung, Einschränkung und Verhinderung von Verstößen sowie die Beweiserhebung, Strafverfolgung oder Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche im Rahmen von behördlichen und/oder gerichtlichen Verfahren (außerhalb des Arbeitsverhältnisses). Das berechnigte Interesse besteht darin, begangenes Fehlverhalten aufzuklären und zu sanktionieren.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie zuvor gesondert darüber informieren.

5. Kategorien der Datenverarbeitung im Rahmen des Hinweisgebersystems

- Informationen über die hinweisgebende Person (sofern diese nicht anonym bleiben möchten) und die Person, die Gegenstand einer Meldung ist, wie
 - Vor- und Nachname
 - Funktion/Titel
 - Kontaktdaten
 - Ggf. besondere Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 DSGVO)
 - Ggf. andere auf das Arbeitsverhältnis bezogene persönliche Daten
 - Ggf. weitere Kategorien personenbezogener Daten, die Hinweisgebende von sich aus übermitteln
- Persönliche Informationen, die in den Berichten des Aufklärungsteams identifiziert wurden, einschließlich Details über die erhobenen Behauptungen und diese unterstützenden Beweise
- Datum und Zeit des Hinweises
- Jede andere Information, die in den Untersuchungsergebnissen und in dem auf den Bericht folgenden, weiterführenden Verfahren identifiziert wurden, z. B. Informationen über strafbares Verhalten oder Daten über rechtswidriges oder unzulässiges Verhalten, soweit dies gemeldet wurde.

6. An wen werden Ihre Daten weitergegeben?

Alle personenbezogenen Daten, die in diesem Zusammenhang erhoben werden, werden nur denjenigen Personen zugänglich gemacht, die aufgrund ihrer Funktion eine legitime Notwendigkeit haben, diese Daten zu verarbeiten.

Im Rahmen einer Erfüllung unserer Pflichten nach dem HinSchG können folgende Empfänger außerhalb des Unternehmens personenbezogene Daten erhalten, z.B. im Rahmen der Aufklärung des Sachverhalts und weiterer Ermittlungen:

- externe Rechtsanwälte
- Wirtschaftsprüfer
- andere berufsrechtlich zur Verschwiegenheit verpflichtete Berufsträger
- staatliche Stellen wie bspw. Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gerichte
- Behörden.

Innerhalb unseres Unternehmens sind dies:

- die Führungskraft einer betroffenen Person
- die Personalabteilung
- Gremium für die interne Ermittlung und Aufklärung der Meldung.

Werden personenbezogenen Daten durch externe Dienstleister verarbeitet, so geschieht dies grundsätzlich auf Basis von Auftragsverarbeitungsverträgen nach Art. 28 DSGVO. In diesen Fällen stellen wir sicher, dass die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der DSGVO erfolgt und alle zur Verarbeitung personenbezogener Daten befugten Personen sich zur Vertraulichkeit verpflichtet haben oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen.

7. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Abgegebene Meldungen werden drei (3) Jahre nach Abschluss eines Verfahrens gelöscht.

Die Dokumentation kann länger aufbewahrt werden, um den Anforderungen des HinSchG oder anderen Rechtsvorschriften nachzukommen, solange dies erforderlich und verhältnismäßig ist. Unrichtige Informationen werden unverzüglich berichtigt bzw. gelöscht.

8. Werden Ihre Daten in ein Drittland übermittelt?

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten findet nur statt, sofern und soweit dies zur Aufklärung eines Sachverhalts erforderlich ist. Dies kann der Fall sein, wenn der Sachverhalt Bezug zu einem Drittland aufweist.

9. Sind Sie verpflichtet, Ihre Daten bereitzustellen?

Sie sind nicht verpflichtet, personenbezogene Daten von sich bereitzustellen. Bitte beachten Sie, dass sich Rückschlüsse auf Ihre Person auch aus den Umständen des von Ihnen gemeldeten Sachverhalts ergeben können.

10. Finden automatisierte Einzelfallentscheidungen oder Maßnahmen zum Profiling statt?

Automatisierte Einzelfallentscheidungen oder Maßnahmen zum Profiling finden nicht statt.

11. Welche Rechte stehen Ihnen als Betroffener zu?

Folgende Rechte stehen Ihnen im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten zu:

- Gem. Art. 7 DSGVO besteht das Recht, eine ggf. erteilte Einwilligung in die Datenverarbeitung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt;
- Gemäß Art. 14 DSGVO besteht das Recht, wenn die Daten ohne Ihre Kenntnis erhoben werden (etwa, weil Sie als beschuldigte Person im Verfahren zur Aufklärung des Hinweises involviert sind), über die Speicherung, die Art der Daten, den Zweck der Verarbeitung und die Identität des Verantwortlichen und gegebenenfalls der hinweisgebenden Person (sofern der Hinweis nicht anonym abgegeben wurde) informiert zu werden;
- Das Recht auf Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten nach Art. 15 DSGVO. Informationen, die der besonderen Geheimhaltung i.S.v. § 29 Abs. 1 BDSG unterliegen, sind davon ausgenommen
- Das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung falscher oder unvollständiger gespeicherter Daten nach Art. 16 DSGVO;
- Das Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO, sofern kein Rechtsgrund zur weiteren Speicherung entgegen spricht;
- Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten nach Art. 18 DSGVO.

In diesem Fall werden Ihre Daten zwar noch gespeichert, jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen (bspw. mittels Einwilligung oder zur Abwehr von Rechtsansprüchen) verarbeitet.

- Recht gem. Art. 20 DSGVO auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format und Übermittlung dieser Daten an einen anderen Verantwortlichen (Recht auf Datenübertragbarkeit), sofern die weiteren Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO vorliegen;

Widerspruchsrecht

Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen nach Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO, können Sie dieser Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gem. Art. 21 DSGVO widersprechen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Für die Ausübung Ihrer Betroffenenrechte wenden Sie sich bitte an uns oder an unseren Datenschutzbeauftragten. Die Kontaktdaten finden Sie unter Ziff. 2.

12. Wo können Sie sich beschweren?

Sie haben zudem die Möglichkeit nach Art. 77 DSGVO sich mit einer Beschwerde an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Postanschrift:

Postfach 10 29 32

70025 Stuttgart

Tel.: 0711/615541-0

Fax: 0711/615541-15

E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de